

Geschäft 2 Politikplan 2019-2023

Allg. Diskussion

An den Anfang meiner Ausführungen stelle ich jene von Kurt Jörg, die er letztes Jahr auch an den Anfang seines Kommentars zum Politikplan gegeben hat. „Für das Jahr 2018 haben wir Erfreuliches zu berichten, das wurde von allen wohlwollend zur Kenntnis genommen“. Das ist nach System Merkel gewesen: „Seid willkommen, Defizite“. Ich bin mit dieser Aussage selbstverständlich nicht einverstanden gewesen. Mit der Finanzpolitik Zollikofens sind wir vom fdU absolut nicht mehr einverstanden. Da denken wir an das „aus dem Staub machen“ mit falschen Argumenten bei der Altvorsorge, an das Verscherbeln von Bauland, an Investitionen im Wunschbedarf, Abbruch einer Ertrag abwerfenden, erhaltenswerten Liegenschaft und anderem mehr.

Zum Jahr 2018. Dieses gilt hauptsächlich als Basis ist für Berechnungen der Folgejahre. Fürs 2018 ist durch Sonderereignisse ein Ertragsüberschuss prognostiziert geworden. Ohne diese würde effektiv ein Aufwandüberschuss von Fr. 1,5 Mio.Fr. resultieren. Als Sonderereignisse sind aufgeführt worden: Aufwertung Betagtenheim plus + 13,8 Mio.Fr. plus heisst Verbesserung der Rechnung, minus – 7,7 Mio.Fr. für periodengerechte Abgrenzung Lastenausgleiche und minus – 1,9 Mio.Fr. für zusätzliche Abschreibungen.

Heute wissen wir darüber mehr: Prognostiziert wird ein Ertragsüberschuss von 6,7 Mio.Fr., weil noch die Mehrwertabschöpfung Gärtnerei Scherzinger von 1,5 Mio.Fr. und eine Teilzahlung von 1,5 Mio.Fr. für den Landverkauf in der Schäferei dazugekommen sind. Eigentlich sollten solche Sonderereignisse in einer separaten Rechnung ausgewiesen werden, z.B. in einem Fonds für aktive Bodenpolitik oder zweckungebunden.

In der dunkelste Ära in der Geschichte Zollikofens, „Zooligoofen“ in der Aera Funk, ist die früher gehandhabte Bodenpolitik aufgegeben worden, mit irreparablen Schäden, auch in der Sozialpolitik. Man verscherbelt das Tafelsilber, das wir mit unseren Steuern bezahlt haben (nicht die neu Zugelaufenen). Wie bereits gesagt, ist für 2018 im Steuerhaushalt ohne die ausserordentlichen Betreffnisse ein Defizit von 1,5 Mio.Fr. vor auszusehen. Und wie sehen die Finanzen in Zukunft aus? Für 2019 beträgt das budgetierte Defizit im Steuerhaushalt 2,3 Mio.Fr. Die folgenden vier Jahre sehen auch alles andere als rosig aus. Als Hauptgrund wird die Haupteinnahmequelle Steuern natürlicher Personen genannt. In diesem Zusammenhang ist zu sagen, dass in der Statistik wie sie in einem nächsten Traktandum aufgeführt ist „Steuerertrag nach Einkommenstaxationen“ die Jahre 2016 und 2017 fehlen. Sie könnte bei nächster Gelegenheit nachgeliefert werden, z.B. nächstes Jahr im Mai mit der Rechnungsablage 2018. Mit der Rechnung 2017 ist ja bekannt geworden, dass Steuerpflichtige mit über Fr. 200'000 steuerbares Einkommen weggezogen sind. Diese Tendenz wird fortgesetzt werden wegen der „in Ewigkeit verdammt“ neuen Bauweise von Zollikofen und wegen eventueller Steuererhöhungen. Als Vergleich die Gemeinde Muri, die Sorge trägt zu ihren Hausbesitzern, namentlich Einfamilienhaus-Eigentümern. Fürs 2019 wird dort ein ausgeglichenes Budget ausgewiesen, bei einer Steueranlage von 1,20; Zollikofen 1,40. In Zollikofen schliessen die Prognosen für die weiteren Jahre eine Steuererhöhung nicht aus. Ewig können nämlich die Defizite nicht durch Eigenkapital gedeckt werden. Wenn der Steuersatz gleich hoch oder sogar höher liegt wie in der Stadt Bern, kommen wir in die gleiche Lage wie heute Ostermundigen, d.h. Eingemeindung. Dann sind die Einzonungen der Steinibachmatte und der Rütli absehbar und später sogar der ganze Geisshubel mit der Weid. Ganz böse Zungen sagen ja schon heute, dann haben wir einen Subventionsbetrieb weniger. Die Haltung der Grünen zur Steinibachmatte und zur Rütli ist bekannt und auch wie sie sich bei der Einzonung des Viererfeldes verhalten haben, mit dem Hin und Hehr. Wir nennen das Japanese bamboo, going with the wind.

Detalldiskussion weisses Heft

Seite 6 Spalte rechts unten:

Zur Aussage: „Fehlende Bereitschaft der Grundeigentümer zur inneren Verdichtung“:

Letztes Jahr habe ich dazu gesagt „Man könnte meinen, wir hätten einen rot-grünen Gemeinderat“.

Heute sage ich, wir haben einen solchen. Mit der Aufhebung der Einfamilienzonen, die Aufstockung derselben und die Kürzung der Grenzabstände ist das Mass einer vernünftigen Verdichtung überschritten worden. Nicht nur die Grundeigentümer sind damit nicht einverstanden.

Finanz- und Investitionsplan 2019 – 2023

Allg. Diskussion violettes Heft

Die Berechnungsgrundlage der Lastenausgleichs-Zahlungen wie sie beschrieben wird auf Seite 3, linke Spalte, bemisst sich zum Teil nach Einwohnerzahlen. Je höher diese Zahl, je mehr bezahlen wir. Der Bevölkerungszuwachs 2019 wird dort mit 210 Einwohnern genannt und von 2020 bis 2023 mit nur 110 pro Jahr. Wenn jeweils argumentiert wird, wie vom Freisinn, mit den geplanten Grossüberbauungen würden mehr Steuerzahler herangezogen, das würde die Gemeindefinanzen verbessern, ist das ein Irrläufer. Möglich ist nämlich mit dem Bevölkerungszuwachs das Gegenteil. Und gute Steuerzahler werden kaum in die Silobauten kommen. Wenn man bedenkt, wo in naher Zukunft Wohnungen entstehen, sind die genannten Zahlen zu tief angesetzt, möglicherweise sind es etwa 600 oder mehr Wohnungen, also nicht Einwohner. Da denken wir an die Überbauungen Lättere, Gärtnerei Scherzinger, Bärenareal und nicht vergessen in der Schäfererei, wo die Käfighaltung für Menschen heute sichtbar gemacht ist. Die Grünen haben sogar noch Einsprache erhoben gegen die geplanten wenigen Einfamilienhäuser entlang der Schäferestrasse. Mit der neuen Ortsplanung mit Baureglement werden durch die verdichtete Bauweise gute Steuerzahler nicht herangezogen und sogar solche wegziehen. Verbunden mit diesem Zuwachs ist ein Mehraufwand für die Infrastruktur. Die Folgen sind klar: Steuern- und Gebührenerhöhungen. Zum Schluss noch eine Warnung: Letzte Woche ist der US-Aktienmarkt abgestürzt und hat die internationalen Börsen nach unten gezogen. Es ist nicht klar gewesen, ob es sich nur um eine momentane Korrektur der hohen Kurse gehandelt hat. Die Angst ist umgegangen, ein Crash wie 1987 mit den Folgen einer globalen Wirtschaftskrise wiederhole sich. Glücklicherweise ist dieses Szenario nicht eingetreten, bleibt aber laut Finanzgurus weiterhin eine latente Gefahr. Für unseren Finanzplan 2019 bis 2023 müssten wir eigentlich einen Vorbehalt anbringen.
